

Tagesordnung I Punkt 8.1 der öffentlichen Sitzung am 21. März 2013

Antrags-Nr. 13-F-08-0027

**Wasserversorgung in kommunaler Hand behalten!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 13.03.2013 -**

Das europäische Vergaberecht findet bisher Anwendung auf öffentliche Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge. Nun soll es nach dem Willen der EU-Kommission auch auf den Bereich der Wasserversorgung (Versorgung mit Trinkwasser und Entsorgung von Abwasser) ausgedehnt werden. Die Kommunen könnten dann nicht mehr frei entscheiden, wie sie die Wasserversorgung vor Ort organisieren.

Nach der Entscheidung des EU-Binnenmarkt-Ausschusses werden EU-Kommission, EU-Ministerrat und EU-Parlament Verhandlungen aufnehmen, um sich auf eine Richtlinie zu einigen. Erst danach wird das EU-Parlament entscheiden. Es ist beabsichtigt das Gesetzgebungsverfahren bis Juli 2013 abzuschließen. Nur öffentlicher Protest durch Kommunen, Länder und möglichst viele Europäerinnen und Europäer kann die Annahme des aktuellen Richtlinienvorschlags verhindern. Wenn es gelingt, dass 1 Million Unterschriften für eine entsprechende europäische Bürgerinitiative gesammelt werden, kann das Gesetzesvorhaben gestoppt werden (<http://right2water.eu>). Entsprechende Erklärungen von Städten und Gemeinden können zum Erfolg dieser Initiative beitragen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, alle seine politischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Durchsetzung der Privatisierung in Kernbereichen der kommunalen Daseinsvorsorge zu verhindern.

Insbesondere ist hierbei die kommunale Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der angestrebten EU-Richtlinie herauszuhalten.

Auch die ausschreibungsfreie Zusammenarbeit öffentlicher Stellen, wie etwa zwischen Kommunen und kommunalen Wasserversorgern, soll erhalten bleiben.

Beschluss Nr. 0126

Der Antrag von Linke&Piraten vom 13.03.2013 betr.

Wasserversorgung in kommunaler Hand

hat durch die Annahme des gem. Antrages der Stadtverordnetenversammlung zu diesem Thema seine Erledigung gefunden (s. Beschluss Nr. 0125 zu 13-S-00-0002).

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2013

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .03.2013

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister